



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/56 - 7.3.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Nach Stalins Tod	S. 1
Französisches Unbehagen über EVG	S. 3
Großhandelsgewinne zur Wahlfinanzierung	S. 5

Wachsam und besonnen

(sp) Über die Frage, die in ganz Deutschland nach dem Tode Stalins am heftigsten interessiert, läßt sich am wenigsten etwas zuverlässiges sagen: Wird dieses geschichtliche Datum Folgen für Deutschland haben und, wenn es so ist, wie werden sie aussehen?

In diesem Punkt hat niemand eine bestimmte Voraussage gewagt, mit Recht. Stalin war noch ein Mann, den man, bei aller seiner Unberechenbarkeit, kannte. Malenkow als Außenpolitiker ist im Vergleich zu ihm ein unbeschriebenes Blatt. Es gibt keine authentische Äußerung eines ausländischen Diplomaten über eine Begegnung mit ihm. Außerdem: Stalin war einer der Väter der bolschewistischen Revolution, der 51jährige Malenkow war 1917 15 Jahre alt, er ist ein Geschöpf dieser Revolution. Stalin hat Jahre gebraucht, um seine persönliche Macht zu stabilisieren und auch Malenkow wird, soweit es ihm überhaupt gelingt, dafür längere Zeit benötigen. Dabei sagt die Tatsache, daß die Sowjetunion heute in der Welt eine ungleich stärkere, gefestigtere Stellung einnimmt, als in der Zeit der Diadochenkämpfe nach Lenins Tode über die wahrscheinliche Härte der gegenwärtigen oder kommenden internen Auseinandersetzungen nichts aus. Nur dürfte sich vieles davon wegen der inzwischen vervollkommenen Methoden der Geheimhaltung aller Vorgänge im sowjetischen Machtbereich noch mehr als damals unbeobachtet abspielen.

Die Vermutungen, was sich nun, international gesehen, ereignen werde, sind ohne Zahl. Sie reichen in allen Schattierungen

von der Furcht vor gewalttätigen sowjetischen Aktionen nach außen (zur Ablenkung innerer Schwierigkeiten) bis zur gegenteiligen Annahme, daß gerade die erhöhten inneren Spannungen die Chancen des Friedens erhöhen werden - abgesehen davon, daß schon bisher für sehr viele Beobachter der Moskauer Politik die Gefahr eines sowjetischen Angriffes in absehbarer Zeit sehr viel geringer war, als von anderen Seiten, in Deutschland etwa von der Bundesregierung, behauptet worden ist. Jedenfalls kann man ziemlich sicher sein, daß in Moskau der Gedanke, vor dem Westen auf der Hut sein zu müssen, nicht weniger Gewicht hat, als im Westen die Auffassung vom drohenden sowjetischen Angriff.

Der Bundeskanzler hat wieder einmal als alleinigen Weg auch in dieser Phase empfohlen, so schnell wie möglich die 3. Lesung der Westverträge vorzunehmen, auch um damit den übrigen Vertragspartnern "ein wichtiges Signal zu geben". Er hat sich also erneut als eifrigster Befürworter der Politik der Stärke, des roll back, der "Befreiung" (vom bolschewistischen Joch), statt der bisherigen Politik der "Eindämmung des sowjetischen Einflusses" erwiesen. Unter dem augenblicklichen Aspekt ist das wesentliche Merkmal einer solchen Politik die Leugnung einer neuen Situation nach dem Tode Stalins.

Es ist sehr zweifelhaft, ob das eine kluge Politik ist. Ein Bericht über die offizielle britische Reaktion zum Tode Stalins besagt u.a., man befürchte, daß ein offenes Eintreten für eine Befreiung der Völker des Ostens vom Joch des Kommunismus die politischen Führer des Kremls nicht nur enger zusammenschweißen und die rücksichtslosen Methoden ihrer Herrschaft noch verschärfen werde, sondern daß ein derartiger verstärkter psychologischer und politischer Druck durch Washington möglicherweise die Russen zu plötzlichen und unbedachten Feindseligkeiten veranlassen könnte, die leicht einen dritten Weltkrieg auslösen könnten.

Eine ruhige feste Stärke des Westens gegenüber jedem möglichen russischen Angriff ist notwendig und berechtigt, wobei immer wieder zu sagen ist, daß das gegenwärtig vorliegende System abzulehnen ist. Schädlich und gefährlich aber wäre jedes unbesonnene politische Vorgehen und jedes militärische Kraftmeiertum, wenn man auf dem Wege des Friedens bleiben will.

Katzenjammer in Paris

G.S.-Paris, Anfang März

Es ist unbestreitbar, daß nach der Außenministerkonferenz in Rom in der französischen Hauptstadt eine Stimmung herrscht, die allgemein als "Katzenjammer" bezeichnet wird. Der neue Außenminister, George Bidault, der als Außenminister de Gaulles, kurz nach Kriegsende, die Thesen Richelieus über eine französische Rheinlandpolitik vertrat und jetzt - angesichts der veränderten Machtverhältnisse - gezwungen ist, auf die von Schuman eingeleitete Europapolitik umzuschalten, erklärte kurz vor der Abreise nach Rom: "Jedermann ist für Europa, aber es handelt sich darum, darin nicht zu ertönen".

Nichts gibt wahrscheinlich besser die französische Haltung wieder als dieses Wortspiel. Nachdem sich erwiesen hat, daß die französischen Zusatzprotokolle in Rom nicht viel Gegenliebe fanden, ist der Quai d'Orsay bemüht, die von Frankreich geforderten Prerogativen innerhalb der EVG in eine andere Form zu kleiden und sie durch einen "Briefwechsel" zwischen den beteiligten Mächten oder durch eine andere Form der Vereinbarung zu ersetzen.

Bezeichnend für die französische Grundhaltung ist ein Artikel, der kürzlich im "Monde" erschien. Frankreich, so wurde da erklärt,

"saß bisher neben den Vereinigten Staaten und Großbritannien in allen großen Räten des Westens, im 'standing group' des Atlantikpakts wie in allen Konferenzen über die westliche Gesamtpolitik: Werden nun eines Tages Amerika und England sich statt an die französische Regierung an eine europäische Behörde als politischen und militärischen Partner wenden?..."

Das wäre, so hieß es schlußfolgernd,

"eine Rangverminderung, vor der es Frankreich zu bewahren gilt..."

denn

"Frankreich ist nicht bereit, um der europäischen Verteidigung willen in derartige Souveränitätsverzichte einzuwilligen, daß es nicht mehr in der Lage wäre, zu jeder Zeit und mit allen notwendigen Mitteln seine Rolle als atlantische Macht, als afrikanische Macht, als pazifische Macht, kurz: Seine Rolle als Weltmacht zu spielen".

Und der Leitartikler erklärte, ohne von Bidault dementiert zu werden:

"Dieser Wille, die integrale Mission Frankreichs zu wahren, auch wenn es in vollem Ausmaß seine europäische Rolle spielt, kann als der Schlüssel der Politik Bidaults betrachtet werden".

Gewiß: Bidault hat diese These in Rom nicht in dieser Schärfe vertreten, und der Katzenjammer in Paris rührt gerade daher, daß es

unmöglich wird, diese Thesen anders als in Zeitungsartikeln zu vertreten. Woran aber nicht gezweifelt werden kann, ist die Tatsache, daß die gesamte französische Rechte, daß die Gaullisten und ein Teil der Radikalen bereit sind, die Worte zu unterschreiben, die der "Monde" veröffentlichte und die Bidault nicht dementierte.

Heute rechnet in Paris niemand mehr damit, daß die Ratifizierungsdebatte über den EWG-Vertrag vor dem Herbst erfolgen könnte. Mehr denn je steht fest, daß die Gaullisten dagegen stimmen werden, und daß die französische Regierung gezwungen sein wird, mit allen möglichen Konzessionen die Sozialisten für eine zustimmende Haltung zu gewinnen.

Aber Generalsekretär Guy Mollet und dessen Freunde fordern "britische Garantien". Und auf diese kann umso weniger gerechnet werden, als Großbritannien in der jetzt überreichten Note auf französische Anfragen sich keineswegs bereit erklärt hat, sich für Jahre und Jahrzehnte zu binden und die vier britischen Divisionen für unendliche Zeit auf dem Kontinent zu belassen.

+ + +

Wie sah ich's meinem Kinde ?

(sp) Die "Vertriebenen-Korrespondenz", Informationsdienst des CDU-Abgeordneten Linus Kather und des BVD, geht in ihrem Bericht über die 2. Lesung des Vertriebenen-Gesetzes mit keinem Wort auf die Tatsache ein, daß die sozialdemokratische Fraktion geschlossen alle von der 'Grünen Front' eingebrachten Verschlechterungs-Anträge abgelehnt hat. Sie verschweigt auch den Namen und die Parteizugehörigkeit jenes Abgeordneten aus den Reihen der Regierungsparteien, der in seiner Gewissensnot den Ruf ausgestoßen hatte, daß in "zwei Tagen mehr zerschlagen als in acht Jahren aufgebaut wurde".

Alle Verschlechterungen billigten Parteien, denen Dr. Kather und seine Freunde als treue Gefolgsmänner der Regierungskoalition angehören. Schamhaft umgeht diese Vertriebenen-Korrespondenz auch das Verhalten des Herrn Bundesministers Seehofer, der sich, um nicht in Konflikt mit sich selbst zu geraten, von allen Abstimmungen gedrückt hat.

Doch was die Korrespondenz des Herrn Dr. Kather nicht vermag, nämlich objektiv zu berichten, das werden viele Vertriebene tun. Man kann eben nicht auf die Dauer zwei Herren dienen. Die Schützenhilfe, die Herr Kather und die Vertriebenen-Abgeordneten der Koalitions-Parteien durch all' die Jahre dieser auf die Wahrung einseitiger Großbesitzinteressen bedachten Bürgerblock-Regierung leisteten, wurde mit einem Fußtritt belohnt. Die Vertriebenen-Korrespondenz als Organ des Bundes vertriebener Deutscher hat nicht den Mut, daraus die Folgerungen zu ziehen. Die Masse der Vertriebenen wird es tun müssen.

+ + +

Spendet, bevor es zu spät ist ...

sp. Nun haben sich auch der "Landesverband des Bayerischen Gross- und Aussenhandel" und die ihm angeschlossenen Fachverbände zur Wahlfinanzierung der Koalitionsparteien entschlossen. In einem Aufruf an seine Mitglieder heisst es:

"In diesem Jahre finden die Bundestagswahlen statt. Wir stehen daher vor lebenswichtigen politischen Entscheidungen; es muss jedem Gross- und Aussenhandelskaufmann klar sein, dass der Ausgang dieser Wahlen für das deutsche Unternehmertum von ausschlaggebender Bedeutung sein wird... Gerade der Unternehmer hat eine politische Mission, die ihn zwingt, sich aktiv an der Gestaltung des politischen Geschehens zu beteiligen... Wenn von der Notwendigkeit die bürgerlichen Parteien im bevorstehenden Wahlkampf weitgehend zu unterstützen, die Kreise der übrigen deutschen Wirtschaft überzeugt sind und aus dieser Überlegung bereits auch die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen haben, so darf sich auch der Bayerische Gross- und Aussenhandel dieser für ihn geradezu lebensnotwendigen Aufgabe keinesfalls entziehen... Jeder bayerische Gross- und Aussenhandelsbetrieb muss in der Lage sein, für den hier erwähnten ganz besonderen Zweck einen Beitrag zu leisten. Dieser sollte nach Möglichkeit ein Halb vom Tausend des Jahresumsatzes von 1952 betragen".

Das Schreiben schliesst mit einem Appell an jeden einzelnen bayerischen Grosshändler in gleichgesinnten Kreisen zu werben, damit den Erwartungen, welche die bürgerlichen Parteien vom grosshändlerischen Unternehmertum haben, in vollem Umfange entsprochen werden kann. Spendet, bevor es "zu spät" ist.

Die einseitige Entscheidung der Unternehmer im allgemeinen und hier des Bayerischen Gross- und Aussenhandels im besonderen, für die Parteien der Regierungskoalition - um "eine politische Mission zu erfüllen - resultiert aus der ebenso einseitigen Entscheidung der Koalitionsparteien für die Unternehmer in der abgelaufenen Periode ihrer Regierungstätigkeit. Das wird klar ausgesprochen und ebenso klar für die nächste Regierungsperiode als politisches Ziel angestrebt. Was erwarten diese Art Unternehmer eigentlich von einer künftigen Regierung, die nicht ihren politischen Wünschen entspricht, wenn sie sich schon vor den Wahlen zu ihr in politischem Gegensatz bringen? Wie wollen sie den Vorwurf unberechtigter Gewinne entkräften - der sowohl sie, wie die sie ohne soziale Rücksichten auf andere Bevölkerungsschichten fördernden Parteien trifft -, wenn es ihnen möglich ist, daraus Millionenbeträge zur Wahlfinanzierung bestimmter bürgerlicher Parteien abzuzweigen? Der Wähler wird das nicht übersehen - und das Gros der Wähler sind keine Händler und Unternehmer. Sie werden am Wahltag entsprechend quittieren!

Verantwortlich: Peter Raunau